

Zur Frage des Geldwertes

Kann und soll es „stabiles Geld“ überhaupt geben?

Der österreichische Notenbankgouverneur Ewald Novotny, bereitet uns pünktlich zum Jahreswechsel darauf vor, im Jahr 2017 mit einer höheren Inflationsrate leben zu müssen. Hauptverantwortlich dafür werde die zu erwartende Steigerung des Rohölpreises sein, die sich auf die gesamte Energiewirtschaft auswirke. Novotny prophezeit allerdings eine Teuerungsrate, die immerhin unter dem bei zwei Prozent liegenden „Inflationsziel“ der EZB liegen wird. Es liegt auf der Hand, dass die Bezieher kleiner Einkommen vom höheren Kaufkraftverlust stärker betroffen sind als „Besserverdiener“.

Der angekündigte Anstieg der Inflationsrate bietet einen guten Anlass, sich wieder einmal mit der Frage der „Geldwertstabilität“ – deren Erhalt Aufgabe und erklärtes Ziel der EZB ist – zu beschäftigen.

Der Umstand, dass der Erhalt der Geldwertstabilität einer Institution anvertraut ist, die eine jährlich zweiprozentige Geldentwertung zu ihrem Ziel erklärt, ist zwar kurios, scheint aber niemanden zu stören. Dass die modernen Geldalchemisten unser aller Heil darin sehen, um jeden Preis eine angeblich hinter jeder Ecke lauende Deflation zu verhindern, wird längst nicht mehr in Frage gestellt. Seltsam, bedeutet Deflation doch einen kollektiven Kaufkraftzuwachs. Wie dem auch sei, dass zwei Prozent Geldentwertung eine Halbierung des Geldwertes binnen nur 34 Jahren bedeutet, wird ausgeblendet. Dass Inflation – gleich welcher Höhe – eine Wertminderung monetärer Ersparnisse und eine versteckte Steuer bedeutet, ebenso. Seit Maynard Keynes' Tagen gilt der Sparer ja bekanntlich als Schädling am Volkskörper und der Schuldenmacher als konjunkturfördernde Lichtgestalt.

Dass der US-Dollar seit Gründung der US-amerikanischen Zentralbank (die ebenfalls der Stabilität des Geldsystems verpflichtet ist) im Jahre 1913, rund 95 Prozent seiner Kaufkraft eingebüßt hat, beunruhigt keinen.

Frank Hollenbeck, der an der „International University“ in Genf, Volkswirtschaft lehrt, macht in einem kürzlich publizierten Essay darauf aufmerksam, dass es so etwas wie „stabiles Geld“ gar nicht geben kann. Grund dafür ist die Tatsache, dass in einem (immer noch, teilweise) auf Angebot und Nachfrage beruhenden Wirtschaftssystem, ständig wechselnde Präferenzen der Akteure zu einer laufenden Wertverschiebung und Neubewertung sämtlicher Güter – also auch des Geldes – führen. Von „Stabilität“ kann unter diesen Voraussetzungen also niemals die Rede sein. Das würde selbst dann gelten, wenn wir in einem edelmetallbasierten Warengeldsystem lebten und die Welt nicht (spätestens seit 1971) auf einem Meer ungedeckten Scheingeldes schwämme.

Die subjektive Wertschätzung von Gütern, also auch Geld und Dienstleistungen, ist einer von zwei maßgeblichen Faktoren dafür. Der zweite ist die Richtung, in die sich die gesamte Wirtschaft entwickelt – ihr Wachstum oder ihre Kontraktion.

In einer auf Grund sich verbessernder Technologie von zunehmender Produktivität gekennzeichneten Wirtschaft und einem daraus folgenden, erhöhten Warenangebot, wird eine laufend zunehmende Kaufkraft je Geldeinheit zu beobachten sein. Das ist seit Jahrzehnten indes nicht der Fall. Kann das etwa die Folge monetärer Manipulation sein?

Preise, die sich aufgrund von Angebot und Nachfrage auf dem Markt bilden, daran besteht kein Zweifel, geben allen Marktakteuren die wichtigsten Hinweise. Sie signalisieren Überfluss und Knappheit und bieten den Unternehmern unabdingbare Grundlagen für ihre Investitionsentscheidungen. Wird von außen, mittels geldpolitischer Maßnahmen, in den Preisbildungsmechanismus eingegriffen, um bestimmte, von der Politik vorgegebene Ziele zu erreichen, kommt es zu einer Verzerrung der absoluten und der relativen Preise (zum Beispiel zu Preissteigerungen trotz Zunahme des Warenangebots) und der Zinsen. Das kann schwerwiegende Fehlentscheidungen, sowohl

auf der Angebots- als auch auf der Nachfrage Seite zur Folge haben, da eine korrekte Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr möglich ist. Die routinemäßigen Fehlprognosen der unter der Bezeichnung „Wirtschaftsforscher“ firmierenden beamteten Kaffeesudler, geben einerseits beredtes Zeugnis vom Wert staatsbediensteter Ökonomen, zeigen andererseits aber auch die Unmöglichkeit seriöser, quantitativer wirtschaftlicher Vorhersagen.

Dass sich die allgemeine Kaufkraft – besonders in den letzten beiden Jahrzehnten – nicht erhöht hat, obwohl weltweit gewaltige Produktivitätsfortschritte und Handelserleichterungen zu verzeichnen waren, ist eine Folge der von den Notenbanken betriebenen Geldinflation, die der in Geldeinheiten ausgedrückten Verbilligung des Angebots entgegenwirkt. Das ist offenbar jene Art von „Stabilität“, die von den Regierenden und Notenbankern gemeint ist. Dass besonders die unteren Einkommensklassen, die ausschließlich auf Arbeitslöhne und Transferzahlungen angewiesen sind und von der Staatsverschuldung nicht auf dem Wege von Zinseinkünften profitieren können, unter einem Kaufkraftverlust leiden, ist unter den gegebenen Umständen logisch unvermeidlich.

Wir leben längst nicht mehr in einer Marktwirtschaft. Wir leben vielmehr in einem am ehesten als „Korporatismus“ zu qualifizierenden System einer rigiden staatlichen Wirtschaftslenkung. Diese erfolgt durch Akteure, die in aller Regel schon mit der Führung einer Frittenbude überfordert wären und wundern uns trotzdem über die traurigen Resultate ihres heißen Bemühens. Schlimm genug. Dass aber ausgerechnet diese Politiker und die ihnen hörigen Notenbanker - trotz einer Staatsquote von 50% und einem konfiskatorischen Charakter aufweisenden, 55%igen Grenzsatz der Einkommenssteuer - immer wieder von „Raubtierkapitalismus“ phantasieren und der dem „Neoliberalismus“ innewohnenden Ungerechtigkeit dafür die Schuld zuweisen, fügt dem anmaßenden Übergriff den blanken Hohn hinzu.

Der bereits weiter oben zitierte Frank Hollenbeck schließt seine Betrachtungen mit dem Hinweis, dass nicht „stabiles“, sondern „solides“ (z. B. mit Edelmetallen voll gedecktes) Geld die Basis einer nachhaltig prosperierenden Wirtschaft bildet. Solides Geld und die Abkehr vom Teildeckungssystem der Geschäftsbanken, würde Zentralbanken überflüssig machen und dem Staat schlagartig die Möglichkeit zur grenzenlosen Geldverschwendung nehmen.

Und weil das so ist, werden wir das Ende des herrschenden, vollständig politisierten Scheingeldsystems so bald nicht erleben.

a.toegel@atomed.at